

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 M.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Schöneberg
Redaktion und Expedition: Berlin SW. 40 Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsheftige Nonpareillezelle 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Geschichtskalender: 1. bis 7. Mai.

- 1. Mai 1891: Gauberein Magdeburg tritt aus dem Verband aus.
- 1. Mai 1891: Gauberein Chemnitz löst sich auf.
- 1. Mai 1894: Aussperrung der Brauereiböttcher in Berlin (Maienfeier).
- 1. Mai 1896: Aussperrung der Brauereiarbeiter in Kassel (Maienfeier).
- 1. Mai 1898: Bauer, Ragerl, Krieg treten ihre Ämter als Vorsitzender, Kassierer, Redakteur an.
- 1. Mai 1904: Mühlenarbeiter Württembergs protestieren gegen 16stündige Arbeitszeit.
- 2. Mai 1921: Nöjeler tritt Kursus an Akademie der Arbeit an.
- 3. Mai 1889: Bierfahrerverein in Hamburg gegründet.

- 4. Mai 1892: Ortsverein Eberfeld gegründet.
- 4. Mai 1902: 13. Verbandstag der Brauereiarbeiter in Hamburg.
- 4. Mai 1909: Brauereiarbeiterstreik Mainz (Verengung der Lohnspanne).
- 6. Mai 1918: Biersteuergesetz mit § 72 und Steuerbefreiung des Freibieres im Reichsaussschuh angenommen.
- 6. Mai 1924: Bezirksleiter Gräble, Mannheim, gestorben.
- 6. Mai 1900: Den Delegierten zum Verbandstag: Hans Riepl, Erfurt, und Brülling, Dortmund, wird die Ausübung ihrer Mandate vereitelt. Riepl erhält auf Veranlassung der Brauereien Erber zu einer militärischen Übung; Brülling erhält keinen Urlaub.
- 7. Mai 1895: Gründung des Ortsvereins Sandshut i. B.

Zum 1. Mai 1927.

Unsicherheit, wirtschaftliche Zerrüttung und zahlreiche Friedensbedrohungen bringen dem internationalen Proletariat am Vorabend des Maitäges 1927 seine Pflicht in Erinnerung, mit seiner ganzen Energie seine Wachsamkeit und Tatkraft kundzutun. Denn der Arbeiterklasse kommt es zu, die Gefahren zu beseitigen, die die Menschheit bedrohen, und den Leiden entgegenzuwirken, die auf den Werktätigen lasten. Ihre Untätigkeit und ihr Stillschweigen würden als Schwäche, als eine Anerkennung des Uebergewichts der die Arbeiterklasse bekämpfenden feindlichen Mächte gedeutet werden. Und das darf nicht sein!

Der 1. Mai 1927 muß Zeugnis davon ablegen, daß die Arbeiter aller Länder einig und entschlossen sind, gegenüber ihren Feinden eine Front zu bilden und die die Welt bedrohenden Gefahren zu beseitigen.

In wirtschaftlicher Hinsicht war das abgelaufene Jahr ein höchst unerfreuliches. In den meisten Ländern ist die Wirtschaftslage eine schlechte, ja vielerorts verschärft sie sich zusehends. Die Arbeitslosigkeit fordert weiter ihre Opfer und treibt Hunderttausende von Familien ins Elend. Sie dient gleichzeitig dem Unternehmertum als Vorwand zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung und die Arbeitsbedingungen. Besonders richten sich die Angriffe gegen die Durchführung des Achtstundentages und den Ausbau der Sozialgesetzgebung. Vieles, was die Arbeiterklasse bereits als festen Besitz betrachtete, ist ihr wieder entzogen worden, oder soll ihr noch entzogen werden. Gegen diese reaktionären Bestrebungen muß sich die Arbeiterklasse mit allen Mitteln wehren.

Die Arbeiterklasse verlangt die restlose Anerkennung des Achtstundentages und den Ausbau der Sozialgesetzgebung, wobei vor allem auf den Schutz der Schwachen, der Frauen und Jugendlichen hinzuwirken ist.

Auf politischem Gebiet ist leider nur zu deutlich, daß die Reaktion weitere Fortschritte gemacht hat, wobei sie notwendig ihre Angriffe gegen die Arbeiterorganisationen, als den natürlichsten Kräften der Freiheit und des Fortschrittes, richtet.

Diese Zerrüttung und dieser Rückschritt finden auch ihren Ausdruck in den Beziehungen der Völker zueinander. Die Diktatur bedeutet eine ständige Kriegsgefahr, gleichviel in welcher Form sie auftritt, welche Farbe sie trägt.

Die Sache der Befreiung aller Werktätigen und der Frieden sind unauflöslich miteinander verknüpft. Diese Auffassung hat die Arbeiterklasse von je vertreten. Die Ereignisse, die sich heute in Europa, im fernen Osten und bis nach Amerika hinüber abspielen, müssen ihr nicht nur ein deutlicher und gültiger Beweis für die Richtigkeit ihrer Auffassung sein: sie mahnen sie auch mit aller Entschiedenheit daran, ihre Anstrengungen mit vermehrten Kräften fortzusetzen. Die Arbeiterklasse kann nur auf ihre eigenen Kräfte bauen! Nur von ihrer eigenen Kraft können die Arbeiter ihr Heil erwarten! Von welchen anderen Mächten könnte sonst die Rettung kommen?

Sicherlich nicht von der Bourgeoisie! Ihre Ohnmacht zeigt sich zum wenigsten angesichts der gegenwärtigen Ereignisse, die sie überall, sei es im Balkan, in China oder Zentralamerika, dazu benutzte, die Entwicklung zu geordneten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu hemmen, von der letzten Endes das Los der ganzen Welt abhängt. Überall ist sie dabei, der Annäherung der Völker Hindernisse in den Weg zu legen, Gegenstände und Konflikte zu verschärfen.

Diesen Gefahren muß die Arbeiterklasse ihren Internationalismus entgegenstellen, denselben Internationalismus, dessen Verwirklichung der Feier des 1. Mai zugrunde-

liegt und der gerade an diesem Tage seine machtvollste Bestätigung finden soll.

Mit diesem Internationalismus, dieser Verteidigung der

1. MAI.

Diesen Tag woll'n nicht zu zweien
wir auf stillen Pfaden gehn;
heute soll die Erde sehn
frohes Volk in dichten Reihen!

Helle Sieder sollen klingen
Wald und Berg und Tal eullang
und des Volkes Mäienfang
soll hinauf zum Himmel springen!

Morgen mögen wieder mahnen
die Sirenen der Fabrik,
aber heute soll das Glück
blühen unter roten Fahnen.

Erich Grijar.

allgemeinen Interessen der Menschheit, die das internationale Proletariat der Selbstsucht und dem entzweienden und gehässigen Nationalismus entgegenstellt, wird es den in der Welt bereits eroberten Anteil immer mehr erweitern und sich als jene Macht erweisen, die die Gesellschaft einer Neugestaltung und besseren Zukunft entgegenführt.

Der 1. Mai 1927 wird gleichsam zum Auftakt für die Internationale Wirtschaftskonferenz, die vier Tage später in Genf zusammentreten wird und die die Verwirklichung einer Forderung der Arbeiter ist. Zum ersten Male in der Geschichte der Welt wird das materielle Leben der Nationen Gegenstand einer internationalen Prüfung sein. Zum ersten Male wird das anarchische System der Produktion und der Verteilung der nationalen Reichtümer, das noch immer die Grundlage der Wirtschaft bildet, unter der direkten Mitwirkung von Arbeitervertretern einer Kritik unterzogen werden.

An den arbeitenden Klassen wird es liegen, an diesem ersten Erfolg weiter zu bauen und sich dessen bewußt zu sein, daß ihre Bestrebungen, wenn sie es wollen, zum Ziele führen können.

Allen Widerständen und Angriffen der Privilegierten zum Trotz bleibt der Achtstundentag aufrecht, macht der Abrüstungsgedanke mit jedem Tage Fortschritte, geht der Wiederaufbau der Welt seiner Verwirklichung entgegen.

Diese Ergebnisse sind gewiß nicht vollkommen, und sie werden so bleiben bis zum Tage der endgültigen Befreiung der Menschen und Völker. Aber sie zeigen, was die Arbeiter vermögen und ermutigen die arbeitenden Massen, ihre Aktion fortzuführen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund ruft die Arbeiter aller Länder auf, am 1. Mai zu demonstrieren:

- Für die Aufrechterhaltung des Friedens!
- Für den Achtstundentag!
- Für den Ausbau der Sozialgesetzgebung!
- Für uneingeschränkte Koalitionsfreiheit!
- Für die Freiheit aller Völker!

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Zum „Gewerkschaftsmonopol“.

Eine Rundfrage an die Unorganisierten.

Eine Frage der allgemeinen sozialen Entwicklung der Nachkriegszeit ist, daß die Gewerkschaften allgemein als die Vertreter bzw. Repräsentanten der Gesamtarbeiterschaft gelten. Als Gewerkschaften anerkennt die soziale Gesetzgebung wie die allgemeine öffentliche Meinung gemeinhin die Gewerkschaftsverbände des ADGB, der IFA, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Christen) und des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Dunker). In der neueren sozialen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung, wie in der Praxis der Verwaltung ist diese Funktion der drei Gewerkschaftsverbände auch mehr und mehr zur Geltung gekommen. Diese Tatsache läßt die Wirtschaftsfriedlichen und die Unorganisierten, oder richtiger, die hinter diesen Arbeiterschichten stehenden wirklichen Drahtzieher, nicht zur Ruhe kommen. Seit Monaten ist die Unternehmerpresse angefüllt mit Artikeln, die bestimmt sind, Verwaltung und den parlamentarischen Gesetzgebungsapparat zu beeinflussen, von dieser „Monopolisierung“ der Gewerkschaften Abstand zu nehmen. Die Forderung der Unternehmer ist, daß auch die Unorganisierten und die Wirtschaftsfriedlichen von Verwaltung und Gesetzgebung als Repräsentanten der Arbeiterschaft anzuerkennen seien.

Dem Unternehmertum ist jetzt auch Hilfe von der „Wissenschaft“ geworden. Dertmann, Börner, v. Karger suchen in Gesetzeskommentaren und anderen literarischen Auslassungen ein Loblied auf Werkvereine und sonstige Splittervereine zu singen und Stier-Somlo, Professor an der Universität Köln, hat sogar eine Broschüre geschrieben, worin er die Verfassungswidrigkeit der „gewerkschaftlichen Monopolstellungen“ nachzuweisen sucht.

Der Raum ist leider zu beschränkt, um eingehend auf solche „wissenschaftliche“ Einwände und Darlegungen der genannten Befürworter des Werkvereinstums einzugehen. In ausführlicher Weise hat dies der Sekretär des ADGB, Clemens Nörpel, im Aprilheft des „Gewerkschafts-Archiv“ besorgt. Auch was Nörpel arbeitsrechtlich und rein gewerkschaftlich zu dem ganzen Monopolproblem sagt, wird nicht nur von jedem Gewerkschaftler, sondern von jedem, der der sozialen Entwicklung der neueren Zeit objektiv gegenübersteht, unterstützt werden müssen. Unter anderem heißt es in dieser umfangreichen Abwehr auf diese Art Unternehmer-Wissenschaft:

„Auf dem Gebiete der Durchsetzung des Arbeitsrechts befinden wir uns noch im Anfangsstadium. Wir werden mit unserem Tarifrecht und unserem Mitbestimmungsrecht eingewickelt in die Grundsätze des bürgerlichen Gesetzbuches. Wir werden in der Arbeitsgerichtsbarkeit eingesponnen in die Formeln der Zivilprozessordnung. Was dabei herauskommt, weiß niemand im voraus. Meistens kommt es anders, als die Arbeiterklasse es sich gedacht hatte.“

Man lese die Kommentare, man lese die arbeitsrechtlichen Zeitschriften. Nirgends wird die Auffassung der Arbeiterklasse den Auseinandersetzungen zugrunde gelegt. Fast nie werden in den Artikeln die Ansichten der Wortführer der Arbeiterklasse auch nur erwähnt. Das wäre ja „rechtspolitisch“. Unter dem Deckmantel der Wissenschaft lassen sich dagegen die aus den Bedürfnissen der Arbeiterklasse heraus geschaffenen arbeitsrechtlichen Gesetze „objektiv“ auf den Kopf stellen, zumal, wenn Syndikus „Dr. jur.“ Soundso die „Wissenschaft“ im Unternehmerinteresse bemüht. Der ganze Streit um das Recht der Arbeitnehmer spielt sich so unter den Juristen ab, allerdings unter verständnisvoller Assistenz des Unternehmertums, das sehr wohl begriffen hat, daß bei dieser Methode sein Weizen blüht.“

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der größte Teil der erwähnten „wissenschaftlichen“ Auslassungen ihren Ursprung in dem „Institut für angewandte Soziologie“ haben. Ein Institut, von dem selbst ein Blatt des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes schreibt, „daß es unter dem Protektorat einflußreicher Kreise der Arbeitgebererschaft steht“. Dieses „Institut für angewandte Soziologie“ unter Leitung des Theologen und ständigen Mitarbeiters der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ ist heute die unternehmerische Parolenschmiede. Hier blüht die Unternehmer-„Wissenschaft“.

Während sich nun die „Wissenschaft“ noch mit der formal- und staatsrechtlichen Frage der „Monopolstellung“ der Gewerkschaften tiefgründig „wissenschaftlich“ beschäftigt, ist

Herr Prof. Dunkmann mit seinem Institut für angewandte Soziologie längst weiter vorgestoßen. Denn der Unternehmer-Professor will nicht nur, daß die „Wissenschaft“, die er entsprechend „angeregt“ hat, staatsrechtlich den Beweis führt, daß Verwaltung und Gesetz in irriger Weise den Gewerkschaften eine Monopolstellung einräumen, sondern seine „Anregungen“ gehen nun dahin, daß auch der Unorganisierte vom moralischen Standpunkt gegen das Gewerkschaftsmonopol sich entrüsten soll.

Zu diesem Zweck versendet das Dunkmannsche Institut für angewandte Soziologie zurzeit ein Flugblatt mit einer Rundfrage an die unorganisierte Arbeiterschaft. Die Rundfrage lautet: „Was hindert den Unorganisierten, sich den Gewerkschaften anzuschließen?“

In dem Flugblatt heißt es dann weiter:

„Jeder Arbeiter, dem dieses Flugblatt in die Hand fällt, wird aufgefordert, seine Meinung über diesen Punkt zu sagen; er soll nicht seine eigene Stellung zu den Gewerkschaften darstellen, er soll vielmehr sagen, wie er das Verhalten der Unorganisierten beurteilt, aus welchen Gründen sie hauptsächlich nach seiner Meinung fern bleiben.“

Damit die Rundfrage ja den gewollten Zweck erreicht, werden den Befragten auch gleich die Antworten in den Mund gelegt. Denn nach der Rundfrage sind es in der Hauptsache folgende fünf Gründe, die den Unorganisierten bestimmen, den Gewerkschaften fernzubleiben:

1. Weil tatsächlich viele Arbeiter kein Verantwortungsgefühl haben, also sittlich minderwertig sind.
2. Weil viele Arbeiter sich grundsätzlich von der Politik fernhalten und ihre Ruhe lieben, sonst aber sehr verantwortungsvolle Menschen sind.
3. Weil viele Arbeiter den Aufregungen und dem Terror der gewerkschaftlichen Agitation aus dem Wege gehen.
4. Weil sie grundsätzlich den Wirtschaftsfrieden suchen.
5. Weil sie aus Gründen religiöser und anderer weltanschaulicher Einstellung sich zurückhalten.

Für das Unternehmertum sind die Antworten so wichtig, daß die besten Arbeiten gedruckt und mit mindestens 10 RM. honoriert werden sollen.

Was folgt, ist nun schon klar zu sehen. In der nächsten Zeit wird die Öffentlichkeit überschüttet werden mit Aufsätzen, worin die Unorganisierten sich über ein angebliches Gewerkschaftsmonopol entrüsten. Das wünscht das Unternehmertum, um dann der Verwaltung und dem Gesetzgebungsapparat sagen zu können, daß neben dem Bedenken der „Wissenschaft“ jetzt auch der Arbeiter selbst sich gegen das Gewerkschaftsmonopol „entrüste“. So wird Stimmung gegen die Gewerkschaften gemacht.

Die Quittung.

Die arbeitende Bevölkerung bringt zwei Drittel der Reichseinkommen auf. — Verdreifachte Zollerträge. — Das Einkommen der Besitzenden steigt, das Arbeitseinkommen fällt.

Bei den Reichstagswahlen in den letzten Jahren mußte die trübe Erfahrung gemacht werden, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft sein Wahlrecht nicht ausübte. Aus irgendwelchen Gründen; vielleicht war man verstimmt, mit dieser oder jener teilsichtigen Haltung der Arbeiterparteien nicht einverstanden usw. Vielleicht war man auch zu träge, um zum Wahllokal zu gehen und seine Stimme der Wahlurne anzuvertrauen. Fürs erste mag es ja sehr bequem sein, dem lieben Mitmenschen die politische und ge-

wertungswirtschaftliche Kleinarbeit zu überlassen und für sein Teil spießbürgerlich hinter dem Ofen oder dem Bierstisch zu sitzen, um große Reden gegen Wozen usw. zu halten. Aber auf die Dauer ist das eine Methode, die sich fürchtbar rächt. Das Reichsfinanzministerium hat soeben Bericht über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben während des Jahres 1926/27 erstattet. Wir empfehlen unseren „passiven“ Kollegen ganz eingehend den Bericht. Die da immer meinen, an Wahltagen ruhig zu Hause bleiben zu dürfen, werden ihn sicherlich nicht hinter den Spiegel stecken. Denn er ist gewissermaßen die Quittung für das Nichtwählen, für die Passivität in der politischen und gewerkschaftlichen Agitation, wie sie sich leider in den letzten Jahren in den Kreisen der Arbeiterschaft breit macht.

Kurz gesagt: wenn das Bürgertum bei den letzten Wahlen den letzten Mann an die Wahlurne gebracht hat, wußte es, warum es dieses tat. Es ging um die Steuerpolitik, es ging darum, wer den Hauptteil der Steuern aufbringen sollte, der Besitz oder die Arbeiterschaft. Hätte das arbeitende Volk bei der letzten Reichstagswahl mit dem Stimmzettel in der Hand seine Pflicht getan, so wären die Linksparteien durchaus in der Lage, eine soziale Steuerpolitik zu machen. Da das nicht der Fall ist, haben die bürgerlichen Parteien, die gegenwärtige Besitztödegeneration, eine unsoziale Steuerpolitik getrieben, die ihresgleichen sucht. Das Reich hat im Steuerjahr 1925/26 rund 7173,7 Millionen Mark (im Vorjahre 6856,1 Millionen Mark) eingenommen. Der Voranschlag sah nur 6685,1 Millionen Mark vor. Von diesen Einnahmen sind durch Rassensteuern zwei Drittel und durch Besitzsteuern nur ein Drittel aufgebracht worden, d. h. die breiten Schichten sind insgesamt doppelt so hoch besteuert als der Besitz. Die Zahlen beweisen, daß Nichtwählen, Sich-um-nichts-Kümmern, ein verflucht schlechtes Geschäft ist.

Die Besitz- und Verkehrssteuern erbrachten im Jahre 1926/27 rund 4963,9 Millionen Mark, im vorletzten Steuerjahr 4832,4 Millionen Mark, der Voranschlag für das Jahr 1926/27 sah 4476 Millionen Mark vor. Die Besitz- und Verkehrssteuern haben also nicht viel mehr als die Summe erbracht, die man erwartete. Dagegen gehen die Einnahmen aus Zöllen und den Abgaben auf den Verbrauch weit über den Voranschlag hinaus. Wir geben darüber folgende Uebersicht:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Besitz- und Verkehrssteuern	4832,4	4663,9	4476
Zölle und Verbrauchsabgaben	1962,7	2460,4	1959
Zölle	590,4	940,3	580
Zakassensteuer	615,6	712,2	655
Zuckersteuer	236,1	284,6	265
Biersteuer	255,9	240,7	235
Branntweinmonopol	153	227,2	172
Essigsäuresteuer	2,2	2,1	2
Zündwarensteuer	9,6	13,6	11,4
Leuchtstoffsteuer	7,4	9,2	8

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen und aus der Besteuerung des Verbrauches sind infolge der glorreichen Politik der bürgerlichen Parteien in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen. Die Zölle z. B. erbrachten im Jahre 1924 nur 356,5 Millionen; im Jahre 1926/27 sind aber über 940 Millionen aufgebracht worden. Sie haben sich fast verdreifacht.

Dabei ist zu beachten, daß das Einkommen der arbeitenden Schichten im Verlauf des Steuerjahres ganz gewaltig gesunken ist, während sich das Einkommen des Besitzes in Deutschland, der Großverdiener, gerade im Verlauf dieser Wirtschaftskrise ganz gewaltig steigerte. Wir geben darüber folgende Zusammenstellung:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Einkommensteuer:			
a) Lohnabzug	1367,2	1094,7	
b) Steuerabzug vom Kapitalertrag	82,4	94,5	2100
c) andere Einkommensteuer	803,3	1064	
Körperschaftsteuer	186,5	381,9	250
Vermögenssteuer	270,4	359,3	400
Börsenumsatzsteuer	40,2	82,8	50
Umsatzsteuer:			
a) allgemeine	1338,3	864,7	974
b) Hersteller- u. Einzelhandelssteuer	77,7	10,7	8

Der Lohnabzug erbrachte im Jahre 1926/27 rund 275 Millionen Mark weniger als im vorletzten Steuerjahr. Darin hat man einen ungefähren Anhaltspunkt dafür, in welchem Ausmaß sich das Einkommen der arbeitenden Klasse in Deutschland während der letzten Wirtschaftskrise vermindert hat. Im Gegensatz dazu hat sich das Einkommen der besitzenden Schicht stark erhöht. Man betrachte in unserer Zusammenstellung die im letzten Steuerjahr stark gestiegenen Erträge aus den „anderen“ Einkommensteuern. Für die Aufbringung dieser Einkommensteuern kommen die Großverdiener in Deutschland in Frage. Dasselbe beweisen auch die erhöhten Erträge aus der Körperschafts-, der Vermögens- und der Börsenumsatzsteuer. Das Einkommen der arbeitenden Schichten fiel infolge der Wirtschaftskrise, die besitzenden Schichten haben es aber auf Grund der Preisüberhöhung verstanden, ihr Einkommen beispiellos zu erhöhen. Damit noch nicht genug, haben die bürgerlichen Parteien dem Unternehmertum und dem Handel ein Steuererlösch von rund 500 Millionen Mark gemacht. Man betrachte in unserer Aufstellung die sinkenden Erträge aus der Umsatzsteuer. Sie mußten eintreten, weil die Umsatzsteuer in der Reichsholdschen Steuerreform ganz erheblich verringert wurde, angeblich um die Preise zu senken. Die Zeit hat gezeigt, daß die Umsatzsteuern wohl niedriger wurden, aber die Preise nicht. Das Reich vereinnahmte rund 500 Millionen Mark weniger. Da die Preise nicht erniedrigt wurden, sondern sogar noch stiegen, flossen diese 500 Millionen in die Taschen des Unternehmertums. Das Reich verschenkte an ein Unternehmertum, dessen Betriebe durchaus rentabel sind, wie die Steuerentwicklung beweist, 1/2 Milliarde. Das ist genau dieselbe Summe, die im Verlauf des Steuerjahres 1926/27 allein aus den erhöhten Zöllen der arbeitenden Bevölkerung, deren Einkommen in dieser Zeit stark fiel, abgeknöpft wurde.

Die stärkere steuerliche Belastung der breiten Bevölkerung bei sinkendem Einkommen konnte denn selbstverständlich auch nicht ohne volkswirtschaftliche Folgen bleiben. Durch die glorreiche Politik der bürgerlichen Parteien wurde die Kaufkraft geschwächt, Warenabfall und Warenerzeugung verringert. Das führte zu der bekannten Verschlechterung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die unsoziale Steuerpolitik ist somit ein Grund für die chronische Arbeitsmarktkrise in Deutschland.

Rund 489 Millionen Mark hat das Reich an Steuern im Jahre 1926/27 mehr herausgequetscht als der Voranschlag vorsah. Die Summen sind, wie unsere Zahlen zeigen, durchaus von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht worden. Wie aber hat das Reich diese Mehreinnahmen verwendet? Von den Mehreinnahmen werden nicht weniger als 275 Millionen Mark den Ländern überwiesen. Diese Ueberweisungen gehen auf die bekannte Politik der gegenwärtigen Besitzblockregierung zurück. Es handelt sich im Grunde genommen um Subventionen an die Länder. Diese werden dadurch in die Lage versetzt, eine rückständige Verwaltung und einen stark übersehten Ver-

Die verzweifelte Armut in China.

Eine Tatsache gibt es, die für den Europäer viel schwerer vorstellbar ist, als die chinesischen Anschauungen über Moral oder Kunst. Das ist die einfache Tatsache der chinesischen Armut. Man kann sie in Zahlen ausdrücken, aber wenn wir diese Zahlen wirklich begreifen, so müssen sie uns das Herz zerreißen und den Gedanken wie ein brennendes Eisen. Wer sie begreift, für den erhält das ganze Alltagsleben des fernsten Ostens eine tiefe menschliche Bedeutung. Dieses Volk steht auf einer so hohen Kulturstufe, daß es schwer fällt, von ihm im selben Atem mit den primitiven Völkern Asiens zu sprechen. Und doch sind die Verhältnisse, die diese Rassenpatrie mit ihrem unermesslichen Reichtum verbindet, keine anderen als die im ostasiatischen Ozean. Mit Ausnahme des Jangtse und hier und da auf den modernen Erzeugnissen werden japanische Produkte dieses Kontinents auf dem Rücken von Kamelen und Straußen transportiert. Die menschliche Arbeitskraft ist so billig, daß in den großen Städten, in denen die Industrie für den Weltmarkt zusammenströmt, der „Kilowatt-Kraft“ kein wichtigeres Bedürfnis und immer mehr und mehr steigt. So billig und reichlich vorhanden ist diese Arbeitskraft, daß von neuem erwachenden wachsenden Erzeugnissen Befähigung ist, sein Leben damit zu verdienen, diese Fahrzeuge im Trab durch die Straßen zu ziehen. Auf den ungeschuldeten Straßen im Zentrum des Landes stehen sich diese Träger des Lebens mit Riesenschiffen auf Entfernungen von 200 Meilen bei einem Tageslohn von 2 Pf.

Die Armut, die die Menschen dazu zwingt, ihr Leben in jeder Sekunde zu verkaufen und die es der Gesellschaft erschließt, die menschlichen und geistigen Kräfte ihrer Arbeiter in dieser Weise zu verheeren, zieht viele andere Folgen nach sich, deren Bedeutung uns jetzt auf eine so große Entfernung nicht feststellen kann. Es gibt keine reichere Stadt als die Armut in dieser Welt. Die Armut, bei der die Hälfte der Bevölkerung in jeder Hinsicht verarmt, ist die schlimmste Armut bei schlechter Nahrung und schlechter Kleidung, und endlich die schlechte Armut, bei der mit schwerem Arbeit nicht einmal die notwendigen Lebensmittel verdient werden. Das ist die Lage in China.

Das Elend in China — trotzdem hungert.

Die Hauptursache liegt in einem Satz ausdrücken: Selbst in den modernsten Fabriken der neuen Industriestädte verdient der chinesische Durchschnittsarbeiter, obwohl er zwölf Stunden arbeitet, kaum genug, um die notwendigen Lebensmittel für sich selbst zu verdienen, und nicht anzukönnen, was eine Familie zu ver-

zorgen. In Shanghai sollen die Lebenshaltungskosten, bemessen nach den unbegreiflich niedrigen chinesischen Ansprüchen, für eine Familie von fünf Personen 42,50 RM. im Monat betragen. Die Löhne für Kulis und Fabrikarbeiter sind aber nicht höher als 16 bis 24 RM. im Monat. Aus diesen Zahlen läßt sich leicht alles ablesen. Da der Familienvater, selbst bei härtester Arbeit, nicht imstande ist, eine Durchschnittsfamilie zu erhalten, so muß ihm die Frau in die Fabrik folgen, auch wenn sie eben erst aus dem Wochenbett aufgestanden ist, und ihr Kind muß ihr ebenfalls an die Maschinen folgen, die für Kinder vom sechsten Jahre an gebaut werden. Wenn man von der Ausbeutung der Kinderarbeit in Shanghai hört, so meint man leicht, daß es sich um eine verdingelte Tatsache handle. Aber diese Tatsache ist tief im gesamten chinesischen Gesellschaftssystem verankert. Sie ist eine Folge der ungeheuren Armut dieses Volkes, die ihrerseits wohl bejagen muß, daß, während die Bevölkerung weit über die natürlichen Gegebenheiten des Landes hinaus angespannt ist, die Organisation der Arbeit und die Anwendung von Maschinen noch so rückständig sind, daß das Ergebnis dieser ungeheuren Arbeitsleistung ein jämmerlich niedriges ist.

Wie die Chinesen leben.

Der chinesische Bauer, der sein kleines Besitztum in mühseligem Garteinbau mit der Hand bewirtschaftet, erzielt daraus etwa 120 bis 400 RM. im Jahre. Eine eingehende amerikanische Untersuchung zeigt, daß dieser chinesische Bauer 55 Proz. seines geringen Einkommens für Lebensmittel ausgeben muß, während ein amerikanischer Farmer nur 37 Proz. dafür verbraucht. In einem Jahre verbraucht eine besser verdienende chinesische Familie nur etwa 240 RM. für Lebensmittel, während eine entsprechende amerikanische Familie 200 RM. ausgibt. Die Kulis und Fabrikarbeiter etwa fast nur Reis und Nudeln, und selbst von dieser billigen Nahrung können sie sich kaum genügend kaufen. Für Kleidung und Wohnung bleibt wenig übrig. Oberst Malone gibt die Beschreibung einer Hütte aus Bambus, Lehm und Stroh, wie deren Tausende rund um die modern gebauten Fabriken in Shanghai liegen. Auf einem Raum von 10 bis 14 Fuß wohnen sechs Personen. Dach und Wände haben Löcher, rundherum hängt sich Gerangel, und nach einem Regensturm waten die Inassen im Inneren bis zu den Knien im Wasser. So ernährt und so behandelt erscheinen die chinesischen Arbeiter, die die Arbeit unserer Fabrikschiffe leisten, ihren europäischen Arbeitgebern nicht viel besser als Tiere, nicht würdiger als diese und von geringeren

Marktwert. Die Aufseher in den Fabriken tragen Stöcke, mit denen sie die Kinder zur Arbeit anhalten. Ein großer Teil der Streiks, von denen in letzter Zeit in den Spinnereien bis zu neun in sechs Monaten vorliefen, entsteht als Protest gegen die Brutalität der Aufseher. Die übliche Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden für Erwachsene wie für Kinder. In den Bergwerken soll es tatsächlich 24-Stunden-Schichten geben. Die Tageslöhne in den Kohlenbergwerken betragen 40—64 Pf. Es wird an sieben Tagen in der Woche gearbeitet. Die Maschinen sind ohne Schutzvorrichtungen, und die Luft in vielen Fabriken, besonders in den Seidenspinnereien, ist der Gesundheit sehr schädlich. In ausländischen wie in chinesischen Fabriken beginnen die Löhne mit 16 RM. im Monat für Ungelernte.

Die Entstehung der Gewerkschaften.

Armut also ist die wesentlichste Tatsache in China, eine so verzweifelte Armut, daß jeder Kampf dagegen nutzlos erscheinen könnte. Aber der Kampf hat trotzdem begonnen, und besonders in Swen strömen nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Bauern in die industriellen Organisationen hinein. Man muß bezweifeln, ob diese Gewerkschaften ohne politische Veränderung größere Erfolge erzielen werden. Außer dort, wo die Süarmee die Verwaltung unter die Kontrolle der Kuomintang, der nationalen und fortschrittlichen Partei, gebracht hat, stehen die Gewerkschaften noch überall außerhalb der Gesetze. Die beiden Generale des Nordens, Tschangschin, der Schwelger, und der von England unterstützt wird, behandeln Gewerkschaftsführer auf einfache, soldatische Weise, d. h., sie lassen sie erwürgen. Was für das von ihnen beherrschte Gebiet gilt, gilt ebenso für die Vertragsstaaten. Die Gewerkschaften sind in der Fremdenüberlassung von Kientsin verboten, und ebenso war es in Hanau, bevor dieses im Herbst von den Kantonesen eingenommen wurde. Auch in Shanghai werden Massenversammlungen der Gewerkschaften nicht geduldet, ihre Führer wurden für das Sammeln von Unterstützungsgeldern für Arbeitslose bestraft.

Die englischen Gerichtshöfe in China kennen keine Fabrikgesetzgebung, wenn es sich um die Beschäftigung chinesischer Arbeiter durch englische Kapitalisten handelt. Regelmäßig verteidigt in den englischen Niederlassungen der Konful die britischen Unternehmer gegen die „Eimischung“ chinesischer Gewerbeaufsichtsbeamter (wie es in einem Bericht heißt). Der Kampf des Südens für die Beseitigung der ausländischen Niederlassungen geht nicht nur um abstrakte nationale Rechte, sondern auch um

Verzeichnis der Jubilare

des Verbandes bis Ende 1926

8. Nachtrag

Name	Beruf	Geburtsdatum	Organisiert seit
Ortsverein Bamberg			
Peter Steinhäuser	Brauer	12. 3. 76	1. 9. 1901
Ortsverein Dresden			
Johannes Paulus	Brauer	18. 4. 63	3. 3. 1892
Karl Weiß	Maschinist	29. 9. 57	1. 10. 1900

waltungsapparat, wie wir ihn z. B. in Bayern haben, aufrechtzuerhalten. Das Geldbedürfnis der Länder soll nicht gelehrt werden. Es ist eben vorhanden, weil die notwendige Verwaltungsreform nach der Richtung eines deutschen Einheitsstaates immer wieder im Interesse der politischen Koalition von den Rechtsparteien hintertrieben wird. Der größte Teil der Mehreinnahmen aus den deutschen Steuerquellen wird also durchaus unwirtschaftlich benützt. Vor allen Dingen wird dadurch die Entwicklung zu wirtschaftlichen politischen Formen, zum Einheitsstaat, dadurch unterbunden. Dem Reiche verbleiben von den Ueberschüssen nur 214 Millionen Mark. Davon bereits 200 Millionen Mark in den Etat für 1927 eingeseht. Im Jahre 1925 verfügte das Reich auf Grund der Ueberschüsse der Vorjahre über eine Geldreserve von 276 Millionen Mark und im Jahre 1926 über eine solche von 400 Millionen Mark. Heute steht es trotz erheblicher Ueberschüsse mit leeren Händen da. Die partikularistische Politik der gegenwärtigen Rechtsregierung bedeutet somit weiterhin eine Aushöhlung der Reichsfinanzen, eine ganz bedeutende Schwächung der Reichsmacht, des in seiner Natur fortschrittlichen Gedankens des Einheitsstaates zugunsten eines in jeder Beziehung rückständigen Partikularismus.

Die Steuerpolitik der gegenwärtigen Rechtsregierung ist nicht nur unsozial, sondern sie bedeutet auch die größte Gefahr für die Reichseinheit und für die Besserung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Das arbeitende Volk muß mit dieser Politik unter allen Umständen Schluß machen. Tritt es bei den nächsten Reichstagswahlen geschlossen an die Wahlurne, so verfliegt der Spuk der Rechtsregierung. Es gilt aber, diesen Sieg durch systematische politische und gewerkschaftliche Agitation vorzubereiten. Es muß Schluß gemacht werden mit der Passivität, die, wie wir gezeigt haben, für die Arbeiterschaft ein schlechtes Geschäft ist.

Aus der Industrie.

Brauereiausfälle.

Berlin. Die einzige Berliner Brauerei, die mit Verlust gearbeitet hat (in ganz Deutschland haben überhaupt nur fünf Brauereien einen Verlustaldo), ist die Berliner Weichbier-Brauerei A.-G. vorm. Carl Landré. Bei einem Kapital von 825 000 Mk. hat sie einen beträchtlichen Verlust von 229 000 Mk. aufzuweisen. Der Verlust wäre geringer, wenn nicht 87 000 Mk. zu Abschreibungen verwendet wären. Die Bilanz ist ziemlich illiquide, das Konto „Eigene Akzepte“ weist die Höhe von 220 000 Mk. auf.

München. Die Spaten-Franziskaner-Beier-Brauerei A.-G. in München (Gabriel u. Josef Seiblmayr), die im Kapital von 5 700 000 Mk. einen Gewinn von 930 000 Mk. nach allen z. T. sehr großen Abschreibungen noch zu verzeichnen, b. h. gut und gern 16 v. H. verdient, wenn davon auch nur 10 v. H. zur Verteilung gelangen.

Noch besser abgeschnitten hat die Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München. Bei einem Kapital von 13 Millionen ist ein Bruttogewinn von 21 Millionen Mark erzielt worden. Ein Reingewinn von 3,2 Millionen (etwa 25 v. H. des Kapitals) wird in der Weise aufgeteilt, daß 1 030 000 Mk. abgeschrieben werden, den Aktionären 12 v. H. ausgeschüttet wird, während der Rest im wesentlichen vorgetragen wird, also der Verwaltung zur Verfügung bleibt.

Die Pilsener-Brauerei A.-G. in München gibt nach Abschreibungen von 453 000 Mk. (bei 3 Millionen Mark Kapital) noch einen Reingewinn von 553 000 Mk. (etwa 18 1/2 v. H.) an. Bei dieser Gesellschaft ist das Kapital auffallend niedrig angesetzt. Der Rohgewinn beträgt mit 6,5 Millionen Mark schon mehr als die doppelte Kapitalhöhe.

Ein glänzendes Ergebnis zeigt auch Sackerbräu A.-G. in München. Bei 3 258 000 Mk. Kapital sind 1 111 000 Mk. oder etwa 33 1/2 v. H. verdient worden. Wegen hoher Abschreibungen und Gewinnborträge werden nur 10 v. H. Dividende verteilt. Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wird ein Konto „Sonstige Unkosten“ mit 800 000 Mk. aufgewiesen. Was darunter verbucht worden ist, bleibt unklar.

Die relativ kleinere Schloßbrauerei Planegg bei München zeigt bei 900 000 Mk. Kapital einen Rohgewinn von 928 000 Mk. Nach Abzug der Unkosten verbleiben 64 000 Mk. für Abschreibungen und ein Reingewinn von 147 000 Mk. (etwa 16 v. H.), wovon aber nur 10 v. H. Dividende verteilt werden.

Aus Beruf und Betrieb.

Folgen von Organisationslosigkeit.

Welche nachteiligen Folgen die Interessenlosigkeit der Kollegen gegenüber dem Verbands haben kann und wie teuer solche Kollegen ihre Neutralität bezahlen müssen, hat sich ergeben bei einer Lohnbewegung, die vom Ortsverein Braunschweig für die Kollegen einer Anzahl Brauerei-Niederlagen geführt wurde. Das Fahrpersonal dieser Niederlagen gehörte dem Verbands nicht an. Es war schwer, diese Kollegen von der Notwendigkeit des Verbandes zu überzeugen. Bei den Verhandlungen über die gestellten Forderungen auch für diese Kollegen stellte es sich heraus, daß ein Teil der den Niederlagenverwaltern von den Brauereien zu Lohnzwecken für das Fahrpersonal zur Verfügung gestellten Geldern nicht an das Fahrpersonal zur Auszahlung gekommen war, sondern in die Taschen der Niederlagenverwalter floß. Es wurde festgestellt, daß die Kollegen bis zu 4 Mk. pro Woche Lohn weniger bekamen als die Brauereien dem Fahrpersonal als Lohn zu bezahlen. Die Bierfahrer, die sich inzwischen dem Verbands angeschlossen hatten, bekommen in der Zukunft nicht nur 4 Mk., sondern noch eine Zulage bis zu 3 Mk. pro Woche. Außerdem bekommen diese infolge der von den Niederlagenverwaltern gemachten Manipulationen durch das Eingreifen des Verbandes noch Beträge bis zu 100 Mk. nachgezahlt.

Bewegungen im Berufe.

Der Verlauf der Lohnbewegung in den oberbayerischen Mühlen.

Am 6. Dezember 1926 wurde den oberbayerischen Mühlen eine Lohnforderung von 10 Proz. auf den bisherigen Spitzenlohn von 40,50 Mk. unterbreitet. Die Mühlen, die dem Industrie- und Gewerbeverband oberes Rhein- und Wiesental angehören, sowie deren Syndikus, der als Scharfmacher im ganzen Oberland bekannt ist, lehnten jede Aussprache mit uns mit der Begründung ab, daß die Lebenshaltungskosten niedriger als im Jahre 1925 sind, die Löhne mit Ausnahme der der Brauereiarbeiter die höchsten im Oberland seien und daß die scharfe Konkurrenz der Mannheimer Großmühlen sowie die ungünstigen Frachtverhältnisse die oberbayerischen Mühlen zum Erlegen bringen würden.

Außerdem liege eine Notwendigkeit zu einer Lohnerhöhung auch deshalb nicht vor, weil in einem großen Teil der früheren Tarifmühlen in Mittel- und Oberbaden heute bis zu 30 Proz. an Lohn weniger als vereinbart bezahlt würde, und schließlich sei ein derartiges Ueberangebot an gelernten Müllern zu verzeichnen, die gerne zu dem jetzigen Lohn Arbeit nehmen würden, daß die Mühlen nichts zu befürchten brauchten.

Nachdem alle Versuche, die Mühlen an den Verhandlungstisch zu bringen, scheiterten, wurde von uns der Schlichtungsausschuß in Freiburg angerufen. Dieser fällt einen Schiedsspruch, wonach der Lohn ab 31. Januar 1927 um 2,50 Mk. erhöht werden sollte. Wir nahmen den Schiedsspruch an, die Mühlen lehnten ihn ab. Die von uns beantragte Verbindlichkeitsklärung wurde vom Landespräsidenten in erster Linie deshalb abgelehnt, weil der Spruch eine zu kurze Laufzeit hatte. Einen Vergleichsvorschlag des Schlichters lehnten die Mühlen ebenfalls ab. Inzwischen war es Mitte Februar geworden, ohne daß ein Pfennig Lohnzulage bewilligt war. An einen Streit war deshalb nicht zu denken, weil die Mühlen voll Mehl steckten und weil auch ein großer Teil der Mühlenkollegen dem Verbands interesselos gegenüberstand und sich bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit mit Löhnen zufrieden gaben, die 10 und 12 Mk. niedriger als die vereinbarten waren. Es wurde dieserhalb nochmals versucht, die Mühlen von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung zu überzeugen. Dieser neuerliche gütliche Versuch wurde von dem Syndikus als Schwäche ausgelegt, und um gewissermaßen die Arbeiter zu verhöhnen, bot er für die Zeit vom 1. April 1926 bis 1. April 1928 eine Lohnzulage von 1 Mk. an. Die Mühlenarbeiter lehnten das Lohnangebot ab. Bevor das letzte gewerkschaftliche Hilfsmittel, der Streit, in Erwägung gezogen wurde, wurde auf Grund des § 12 Abs. 3 der Zweiten Ausführungsverordnung über das Schlichtungswesen der Schlichtungsausschuß nochmals angerufen. Dieser stellte das öffentliche Interesse fest und bestimmte neuen Termin an. Diese objektive Feststellung des Schlichtungsausschusses brachte den Unternehmer Syndikus aus dem Häuschen. In mehreren ellenlangen Eingaben an den Schlichtungsausschuß, den Landespräsidenten und das Innenministerium „führte er Beweis“, daß ein öffentliches Interesse nicht vorliege und demzufolge ein neues Verfahren nicht eingeleitet werden dürfe. Der Schlichtungsausschuß entschied sowohl über unseren Antrag wie über den Einspruch der Unternehmer folgendermaßen:

I. Beschluß.

Gemäß § 12 Abs. 3 der Zweiten Ausführungsverordnung zur Schlichtungsordnung wird der Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens stattgegeben, da ein öffentliches Interesse hierzu vorliegt.

II. Schiedsspruch.

1. Mit Wirkung vom 14. Februar 1927 wird der Eigenlohn bis 30. September 1927 auf 43 Mk. pro Woche und ab 1. Oktober auf 44 Mk. pro Woche festgesetzt.
2. Dieses Lohnabkommen hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1927 und ist dann jeweils — erstmals also am 15. Dezember 1927 — mit 1-tägiger Frist kündbar.

Der Schiedsspruch wurde von uns angenommen, die Unternehmer lehnten ihn ab. Auch ein nochmaliger Vergleichsvorschlag des Schlichters, der den Wünschen der Unternehmer entgegenkam, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Hierauf wurde der Schiedsspruch auf unseren Antrag für verbindlich erklärt.

Wer nun etwa glaubte, die Mühlen würden sich diesem Spruch bzw. der Verbindlichkeitsklärung fügen und die Löhne ausbezahlen, der irrte sich. Erst durch das Amtsgericht müssen die Mühlen überzeugt werden, daß die Unternehmerwillkür auch in der heutigen Zeit eine, wenn auch bescheidene Grenze hat.

Damit ist nach viermonatigem Ringen eine Bewegung zum Abschluß gebracht, die für die Mühlenarbeiter in Mittel- und Oberbaden von großer Bedeutung ist und die zu gleicher Zeit einen guten Anschauungsunterricht bietet. Es wäre wesentlich leichter gewesen, die Mühlen zu einem Entgegenkommen zu bewegen, wenn die Gleichgültigkeit vieler Mühlenarbeiter, die sie gegenüber der Organisation an den Tag legten, den Mühlen nicht bekannt gewesen wäre und wenn die bis jetzt geltenden Löhne überall gefordert worden wären. Früher wurden die Löhne für Mittel- und Oberbaden gemeinsam geregelt, und es gelang immer,

den Anspruch der chinesischen Republik, die chinesischen Arbeiter vor Ausbeutung zu schützen. Die Erfolge dieser Partei sind in einem ganz realen Sinn Erfolg im Kampf gegen die chinesische Krone. Das erste Ergebnis ist, daß eine Regierung an die Macht gelangt, die die Kinderarbeit unmöglich macht und den Gewerkschaften das Recht zugestehet, für auskömmliche Löhne zu kämpfen.

Von der gesunden und der kranken Frau.

Es ist das Geschick vieler Frauen krank zu sein, d. h. sie tragen, ohne daß andere davon wissen, sehr oft durch ihr ganzes Leben ein Leiden.

In der Regel ist es ein Leiden, das mit ihrer Eigenart als Frau und Mutter zusammenhängt, ein sogenanntes „Frauenleiden“ oder eine Frauenkrankheit, wie man auch sagen könnte, da Männer diese Art von Krankheiten nicht kennen können.

Nur ist es bestimmt, daß viele Frauen gar nicht einmal wissen, daß sie ein Leiden haben, d. h. nicht wissen, daß ihre Gebärmutter sich senkte, einrückte, sich verlagerte oder ähnliche ganz besondere Veränderungen der inneren Organe vorliegen. Und doch wirkt kein anderes Leiden so auf den Seelenzustand der Frau ein, als eben eine solche Veränderung ihrer Organe, die der Aufnahme des Kindes und seiner Entwicklung dienen. Frauen, die z. B. frühzeitig durch operative Eingriffe ihre Eierstöcke, ihre Gebärmutter usw. hergeben müssen, können schwere seelische Erschütterungen durchleben, die unter Umständen zur Schwermut oder einer anderen seelischen Erkrankung führen. Natürlich können aber auch schon Entzündungen an der Gebärmutter, an den Eierstöcken usw. der Frau, außer den Schmerzen und der Arbeitsbehinderung, seelische Veränderungen wie Niedergedrücktsein, Schwermut, Launenhaftigkeit usw. vermitteln.

Es ist notwendig, von der Beeinflussbarkeit der Frau durch diese ihre Leiden, die sehr oft auch die Folge von Geburten sind, zu wissen. Auch der Mann müßte viel mehr davon unterrichtet sein, da er (und meistens nur er) den genügenden Einfluß hat, die Frau zum Aufsuchen eines Frauenarztes zu bewegen.

Wer in Frauenkrankeien, in den Krankenhäusern der Frauenabteilung der Krankenhäuser, in den Abteilungen der Nervenanstalten, in denen Frauen leben, sich länger aufhält, weiß davon eine lange und bedrückende Geschichte zu erzählen.

Viele dieser Leiden würden im Anfange erstickt werden,

wenn die Frauen weniger scheu und besonders weniger nachlässig wären.

Sich möchte wetten, daß, wenn Frauenleiden im Anfang ihrer Entstehung sich durch Mißbildung am Fuß, an der Hand, an dem Hals oder an dem Gesicht zeigen würden, sie bestimmt viel eher im Anfang in Behandlung kämen, d. h. einem Arzte gemeldet würden.

Sollte die Frau nicht ihren Arbeitswert, ihren Wert als Mithämpferin, als Kameradin des Mannes, als Mutter ihrer Kinder oder aus dem Gefühl heraus, daß sie Mutter werden will, mehr Wert auf Gesundheit ihres Körpers legen und weniger scheu und unachtsam werden? Die Forderung einer freien Untersuchung und unter Umständen einer freien Behandlung aller Frauen müßte allerdings dann gewährleistet sein, da, wo die Kosten nicht von der Familie übernommen werden könnten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus müßte die Regelung dieser Fragen eine sehr große Anteilnahme finden, denn die gesunde Frau ist Aufbauerin, die kranke Frau ist Zerstörerin, ganz abgesehen von der Qualen, die sie in ihrem Leben neben der immer noch auf ihr ruhenden Arbeit zu leisten hat.

Schwester Lotte Möller.

Die Fünfstagearbeit bei Henry Ford.

Der Entschluß Henry Fords, in seinen Betrieben nur fünf Tage in der Woche arbeiten zu lassen, bei dem gleichen Lohn, wie er früher für sechs Tage gezahlt wurde, hat überall großes Aufsehen erregt. Wie aus einer jüngst erschienenen Nummer des sozialdemokratischen „Vorwärts“ aus Milwaukee hervorgeht, dient diese in der Tat eingeführte Neuerung jedoch keineswegs den Interessen der Arbeiterschaft. Bei Einführung der Fünfstagearbeit hieß es — so schreibt das amerikanische Blatt —, die Löhne würden die gleichen sein wie für die Sechstagearbeit. Bisher ist dieses Versprechen nur einem kleinen Teil der Arbeiter gegenüber gehalten worden. Dagegen müssen die Arbeiter in fünf Tagen ebenbürtig leisten wie bisher in sechs. Arbeiter, die sich dem neuen Arbeitstempo nicht in vollem Maße anpassen konnten, wurden plötzlich ohne jede Warnung oder Kündigung entlassen, darunter viele, die schon 15 Jahre in den Ford-Fabriken beschäftigt waren. So haben ganze Gruppen von je 200 Arbeitern ihre Stellung verloren. Die Neuerung Fords besteht demnach in Wirklichkeit darin, daß er Unkosten, wie Feuerung, Dampf, Heizung, Elek-

trizität und viele andere Ausgaben erspart und dabei die gleiche Arbeitsleistung erhält wie früher. Nur auf diese Weise hofft Ford, sich im Kampf gegen seine Konkurrenten, die seinen Vorsprung bereits weitgehend eingeholt haben, behaupten zu können. Diese Absicht wird aber als Raubbau an Gesundheit und Leben der Arbeiter bezeichnet.

Vierundzwanzigstundenzählung.

Vom Mai ab wird auch in Deutschland die Bezeichnung der Tages- und Nachtzeit nach der Vierundzwanzigstundenzählung öffentlich eingeführt. Im Telegraphenbetrieb gilt diese Zählung übrigens schon vom 1. November 1926. Nunmehr tritt diese Zählung bei der Deutschen Reichspost und der Eisenbahn mit dem neuen Fahrplan ab 15. Mai in Kraft; auch bei der deutschen Wehrmacht wird von diesem Tage an die Zählung eingeführt. Die Vierundzwanzigstundenzählung wird durch Post und Reichsbahn schon ab 15. Mai in den öffentlichen Verkehr eingereicht. Von diesem Tage ab werden die Stunden durchgehend von 0 bis 24 bezeichnet. Die Unterzeichnung der Nachtzeit, in Fahrplänen durch Unterstreichen der Minutenziffer, fällt dadurch fort. Die Abfahrtszeit eines Zuges, genau um Mitternacht, wird in den Fahrplänen mit 0,0, die Ankunftszeit genau um Mitternacht wird mit 24,0 bezeichnet. Die neue Tagesstundenzählung erscheint uns auf den ersten Blick „unhandlich“ und kompliziert, sie ist es aber keinesfalls. Natürlich muß man sich erst an die Aenderung in der Einteilung gewöhnen. Deutschland führt mit dieser Einteilung eine Neuerung ein, nach der in den meisten Ländern schon lange die Tageszeiten benannt sind.

Das Geburtstagsgeschenk einer sozialistisch verwalteten Gemeinde.

Seit einigen Monaten wird jedem Wiener Säugling von der Stadtgemeinde ein Geschenkpaketchen in die Wiege gelegt, das folgenden Inhalt hat: 21 Windeln, 2 Flanelle, 6 Hemden, 6 Jacken, 1 Badetuch, 2 Nabelbinden, 1 Tragkleidchen, 1 Flanelldecke, 2 Gummieinlagen und 1 Hautgarnitur (Seife, Creme und Hautpulver). Dieses Paketchen erhält jede Mutter gleich welchen Standes. So begrüßt eine sozialistisch verwaltete Gemeinde den jungen Erdenbürger.

verhältnismäßig leicht, die Löhne den Feuerungsverhältnissen anzupassen. Dadurch aber, daß sich die Mühlenarbeiter zum Teil die Löhne kürzen ließen, zehn und mehr Stunden arbeiteten, dem Verband den Rücken lehrten, sahen die Mühlen ihren Weizen, Bienen und glaubten nunmehr, der Organisation den Todesstoß versetzen zu können. Wägen diejenigen Mühlenarbeiter, die durch ihre Gleichgültigkeit den Unternehmern den Rücken steiften, es endlich einsehen, daß nur eine geschlossene, gut organisierte Arbeiterchaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen kann. Sorgt dafür, daß die Gleichgültigkeit verschwindet, führt den letzten Mann der Organisation zu. Nur eine geschlossene Organisation wird eure Interessen wirklich vertreten können. Dieber.

Die Wefermühlen in Hameln auf dem Kriegspfad gegen ihre Belegschaft.

Im September 1925 wurde nach 14tägigem Streit der Tarifvertrag und Lohnzettel abgeschlossen. Am Montag, dem 14. September, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bereits am Montag, dem 9. November 1925, erhielten wir schriftliche Nachricht, wir sollten in eine Revision der Lohnsätze nach unten einwilligen, und zwar in Rücksicht auf die Löhne der hannoversch-braunschweigischen Konkurrenzmühlen, die niedriger seien. Wir lehnten dieses Ansinnen ab mit der Begründung, daß die Wefermühle ihre Ware auch in Gegenden absetzt, wo weit höhere Löhne gezahlt würden und daß ein Lohn von 31,50 Mk. in der Spitze pro Woche nicht abbaufähig sei. Seit dieser Zeit besteht die Spannung zwischen Direktion und Arbeiterschaft oder, wie die Direktion sagt, nicht zwischen Arbeiterschaft und ihr, diese sei zufrieden, sondern zwischen Direktion und Organisationsleitung. Stattgefundene Verhandlungen führten zu keinem Ziel, weil wir gar keine Ursache hatten, in einem Abbau der Löhne einzuwilligen. Wir hatten aber auch keine Ursache, den Tarifvertrag in bezug auf die Arbeitszeit zu ändern. Auch hierin suchte die Direktion Verschlechterungen herbeizuführen, indem sie unter Hinweis auf die hannoversch-braunschweigischen Mühlen das Zweischichtensystem (zwei Stunden) wieder einführen wollte, das übrigens generell nicht durchgeführt wird. Die Verhandlungen zogen sich hin bis Februar 1926. Nun fing die Direktion an, Korbelschloßpolitik zu betreiben. So wurden den Arbeitern vom Zeug die Feiertage Ostern 1926 nur mit sechs Stunden statt mit acht Stunden vergütet, weil an den Tagen vorher nur sechs Stunden gearbeitet worden sei. Die Direktion ist nämlich, nachdem die Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit bei der Hand, kurz arbeiten zu lassen. Bei dem vorgenannten Lohnabzug handelte es sich um insgesamt etwa 30 Mk. für die Betroffenen, und willigte die Direktion nach Verhandlungen ein, den Betrag zu zahlen, ohne damit eine Präjudiz zu schaffen. Am 14. Oktober 1926 kündigten wir den Lohnzettel und reichten eine Forderung von 35,50 Mk. pro Woche in der Spitze ein. (Stundenlohn 73,9 Pf.) Diese Forderung kann wirklich nicht als unbezweifelbar bezeichnet werden. Hätten wir doch in dieser Zeit in den Klein- und Mittelmühlen im östlichen Westfalen 74 Pf. pro Stunde und zwar seit 1. September 1925. Die Direktion lehnte nach Erörterung ihrer Unmöglichkeit, eine Lohnhöhung zu gewähren, Verhandlungen ab. Der Schlichtungsausschuß in Hannover hatte zu entscheiden und er entschied zugunsten der Wefermühle. Der Spruch lautet:

Der bisher gezahlte Lohn wird weiter gezahlt. Dieser Lohnzettel ist mit 14tägiger Frist zum Ende einer Lohnwoche kündbar. Die Belegschaft lehnte den Schiedsspruch einstimmig ab und beschloß mit überwältigender Mehrheit von über 90 v. S. den Streik. Der Organisationsleitung wurde es überlassen, den geeigneten Zeitpunkt zu bestimmen. Die Mühle wandte alle Mittel an, die Belegschaft klein zu bekommen, jedoch Erfolg war ihr keine beschieden. Das Kurzarbeiten wurde statt Ausnahme zur Regel. In einer Verhandlung am 14. März 1927 glaubten die Vertreter der Arbeitnehmer, anlässlich des Schiedsspruches von Sommer und der Lohnpreiserhöhung am 1. April, auf dem Verhandlungswege eine Lohnverbesserung zu erreichen, sie wurden bitter enttäuscht. Die Direktion erging sich wieder in ihren alten Klagen, Kurzarbeit und nochmals Konkurrenz und verlangte allen Ernstes einen Lohnabba von 25 Pf. pro Stunde, um mit den hannoversch-braunschweigischen Mühlen auf eine Stufe zu kommen. In der Zeit Januar-März 1927 ging die Direktion noch noch dazu über und zahlte an die kranken Belegschaftsmitglieder die Differenz zwischen Lohn- und Krankengeld nicht mehr aus. Die Direktion erklärte, wir sollten sie deswegen verklagen. Das ist geschehen. Das Gewerbegericht Hameln hat in der Sitzung vom 5. April die Firma zur Zahlung verurteilt. Das Urteil bringt wir an anderer Stelle.

Das dies ganze Verhalten der Direktion geht hervor, daß sie es auf den Kampf ankommen lassen will. Die Direktion sagt, wir zahlen 30 Mk. pro Woche an Lohn, wenn dieser Lohn auch in den Mühlen in Hannover-Braunschweig gezahlt wird! Von dieser phantastischen Erklärung können sich aber unsere Mühlenarbeiter in Hameln nicht satt essen, deshalb werden sie wohl eher bald den Kampf mit der Direktion in Aussicht gestellten Kampf aufnehmen müssen, um für ihre Existenz zu kämpfen. Die Direktion wird mit ihrer Korbelschloßpolitik das Gegenteil dessen erreichen, was sie glaubt damit zu bezwecken, nämlich: Uneinigkeit. Die Mühlenarbeiter werden sich noch enger zusammenschließen, um ihre Interessen gegenüber einer kampfeslustigen Direktion zu verteidigen. Das ausgesprochene Urteil besagt, daß es auch noch Mittel gibt, veräuterte Arbeiter zur Lösung zu zwingen. Sobald der Kampf ausbricht, werden wir durch die Arbeiterpresse berichtet. Alf. Capper.

Berichte.

Wagen. Ein Gewerkschaftshaus! Der die größte Unterstützung der Bekämpfung in weiteren schwarzen Stunden kennt, wird es sich für ein Wunder halten, daß es möglich werden konnte, in der Region des Ruhrpotts, des Sauerlandes, des Saarländers für den Aufbau der deutschen Arbeiter, ein Gewerkschaftshaus für die freigeschaffene Arbeiterschaft zu errichten! Es dürfte daher für eine weitere Kunde von Interesse sein, die Entwicklung der Dinge hier kurz zusammenzufassen. In einer Versammlung des Ortsrates der freien Gewerkschaften ist im Frühjahr des vergangenen Jahres der Beschluß gefaßt worden, ein Zentralverbandeshaus für die Arbeiterchaft zu errichten. Ausgegangen hierzu haben einige Organisationsleiter, die in ihrer bisherigen Vertriebsstellen dauernd Mitgliedschaft und Beratung ausgeübt hatten. In dieser Versammlung wurde eine einstimmige Beschlüsse gefaßt, deren Vorarbeiten bereits, sobald Verhandlungen mit einigen Interessenten eingeleitet. Nach Abklärung durch zwei Regional-Veranstaltungen kam eine Entscheidung mit einer einstimmigen Zustimmung zustande, die auch zur Abklärung geführt hätte, wenn nicht von der Gegenseite keine Verhandlungen herbeigeführt werden können. Nach dem Scheitern

dieser Verbindung gelang es aber schließlich doch, mit der Innstadt-Bräuerei ein Abkommen zu treffen. Nachdem der Betrieb an den Weihnachtsfeiertagen bereits teilweise aufgenommen worden ist, fand in den nächsten Tagen die volle Eröffnung statt. Auswärtige Gäste haben den Passauer Schöpfer des Gewerkschaftshauses ihre uneingeschränkte Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Zwar ist noch nicht alles geschaffen, was zu einem modernen Gewerkschaftshaus gehört, aber der Anfang ist gemacht. Es liegt nun an den Passauer Arbeitern, das Geschaffene zu erhalten und auszubauen. Auch die auswärtigen Parteifreunde und Gewerkschaftscollegen werden um entsprechende Unterstützung gebeten. Wir haben nur den Wunsch, daß das Passauer Gewerkschaftshaus als die Stätte eines freien Wortes für die Zukunft eine geblühende Entwicklung nehmen möge, zum Nutzen und Frommen der Passauer und der gesamten Arbeiterchaft! hr.

Rabenburg. Unseren Verbandsmitgliedern von Oberschwaben und den Württembergischen Ortsvereinen, sowie vom angrenzenden Bayern, Baden, Ostpreußen und der Schweiz zur Kenntnis, daß der Bezirksrat in Ravensburg am 19. Juni infolge Lokalfrage verlegt werden mußte. Die Veranstaltung findet also am 19. Juni, nicht am 26. Juni statt. Wir bitten die Kollegen, mit ihren Angehörigen sich recht zahlreich zu beteiligen und baldmöglichst anzumelden.

Schriftenanzeigen.

Wärtischer Wochenend- und Ferienführer. Der Verband Wärtischer Kur- und Erholungsorte E. B. (Geschäftsstelle Berlin W 9, Friedrich-Ebert-Str. 5), dessen Vorstand sich aus Bürgermeistern, Amts- und Gemeindevorstehern zusammensetzt, hat einen Wärtischen Wochenend- und Ferienführer fertiggestellt, der 59 wärtische Kur-, Erholungs- und Ausflugsorte enthält und reich illustriert ist. Der Preis des 68 Seiten umfassenden Führers beträgt 40 Pf. Zu haben im Städtischen Fremdenverkehrsamt, Friedrich-Ebert-Str. 5, und in den Reisebüros von Berlin, Sockstr. 31, Wilmstr. u. Co., Kochstr. 22-26, sowie Scherl's Reisebureau, Krausenstraße 38-39.

Gesundheitschriften für das Volk. Als zweites Heft der „Gesundheitschriften für das Volk“ erscheint soden die außerordentlich wertvolle Arbeit des bekannten Wiener Arztes Dr. Alfred Neumann: „Gesundes und krankes Blut“. Verlag G. Birk u. Co., München. Preis 30 Pf. In einer ebenso gemeinverständlichen wie klaren Darstellung führt der Verfasser den Leser in die geheimnisvollen Tiefen des menschlichen Blutes ein, um an der Hand der normalen Beschaffenheit derselben die krankhaften Veränderungen, ihr Zustandekommen und ihre Ursachen aufzudecken.

Briefkasten.

G. Diefeld. Für vorige Nummer zu spät eingetroffen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsrat, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4334.

18. Beitragswoche vom 24. bis 30. April

Abrechnung vom 1. Quartal 1927 stellt noch von folgenden Ortsvereinen:

- Karlsruhe, Kastenburg, Mehlau, Freiburg i. Schl., Hagau, Landeshut, Münsterberg, Neusalz, Sprottau, Beuthen, Leobschütz, Reife, Loß, Berlin, Forst, Potsdam, Storfom, Wilsnack, Greifswald, Stolp, Harburg, Bremerförde, Lüneburg, Stade, Demmin, Schwerin, Schleswig, Hammerleben, Quedlinburg, Stendal, Einbeck, Göttingen, Holzminden, Göttingen, Grimma, Kötha, Wittenberg, Wurzen, Alleben, Crimmitschau, Meißner, Jena, Kahla, Langenlarsa, Mühlhausen, Sonneberg, Suhl, Hof, Roththalminster, Wilschhofen, Aischaffenburg, Pirmasens, Darmstadt, Ilm, Geislingen, Heidenheim, Hermaringen, Isny, Schw.-Gmünd, Suttgart, Pfüllingen, Heilbronn, Freiburg i. B., Vahr, Radolfzell, Schmellingen, Baldshut, Mainz, Saarbrücken, Eßwege, Lauterbach i. S., Wehlar, Andernach, Krefeld, Hagen, Siegen, Dortmund, Minden. Der Verbandsvorstand.

Ausschlussverfahren.

Gegen die Mitglieder Richard Müller, Brauer, geboren 18. November 1905 in München, eingetreten 1. März 1925 in Kulmbach, und Joseph Meininger, Brauer, geboren 5. März 1907 in Geisres, eingetreten 30. Mai 1925 in Mannheim, ist der Ausschluss beantragt. Bis zur Entscheidung ruhen die Rechte.

Genehmigte Lokalbeiträge.

Kretsch (Kfz.). 10 Pf. pro Woche ab 20. April. Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse.

- vom 19. bis 23. April.
- Hauptkassens des Hauptkassens: Berlin 120 79, Brauer- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin 33 48.**
- Sonstige 400.-, Bremerhaven 25,00, Göttingen 101,20, Karlsruhe 240, Gießen 214,64, Göttingen 162,20, Hamm 276,75, Kiel 106,45, Krefeld 239,30, Mannheim 587,70, Remmigen 629,25, Schwelm 140,66, Schwelm 50,82, Suhl 3.-, Apolda 386,68, Arnstadt 204,55, Amdorf 93,60, Bartenstein 89,85, Cassel 550.-, Chemnitz 1128,25 und 20.-, Eisenach 270,65, Finsterwalde 98,70, GutsMuths 137,15, Gießen 22,81, Glogau 10,65, Göttingen 284,75, Hof 311,01, Kahla 160.-, Kulmbach 253,36, Mühlhausen 500.-, Rumbach 189.-, Reustadt a. d. Oris 253,40, Oldenburg 206,2, Osnabrück 23,95, Pagan 178,68, Pfungstadt 494,42, Ratibor 163,25, Solingen 106,10, Traunstein 65,79, Coburg 3,50, Dortmund 6.-, Mühlhausen 2,50, Parnitz 3,80, Gumbinnen 10.-, Wärtler 89.-, Aischaffenburg 371,15, Braunschweig 2488,80, Cassel 2,89, Cottbus 22,05, Delmold 119,95, Erlangen 200.-, Frankfurt a. M. 22,79, Göttingen 500,40, Hannover 16,90, Hirschberg 151,25, Riesa 99,90, Reiningen 31,70, Reidenburg 33,45, Reustadt 128,75, Reustadt 2,25, Uckeritz 5,65, Bernsdorf 11,25, Borna 79,07, Bismarck 25.-, Cassel 2,60, Altona 34,40, Düsseldorf 75,30, Bremen 164,66, Hamburg 997,93 und 607,5.-, Kiel 2115,55, Frankfurt a. M. 1633,38, Köln 2622,35 und 26,60, Leipzig 635,81 und 200.-, und 25,72, Cassel 1221,50 und 60.-, Berlin 1837,52, Frankfurt a. M. 5.-, Göttingen 23,10, Königsberg i. Pr. 35,20, Alforden 30.-, Göttingen-Gmünd 63,75, Göttingen 600.-, Ilmenau 178,59, Leipzig 611,12, Pagan 33,34, Unterwalde 81,85, Wismar 47.-, Ravensburg 38,36, Schöningen 40.-, Schwelm 23,77, Wilsnack 61,65, Wolfach 100,23, Parnitz 3,50, Göttingen 4.-, Grabow 1,70, Göttingen 144,14, Lübeck 620,90, Braunschweig 1445,15, Bismarck 217,8, Eisenach 1131,8, Eisen 100.-, Hameln 12,5, Woldenberg 233,51, Freiburg i. Pr. 1887,20, Göttingen 456,16, Münster 906,32, Oels 74,72, Osnabrück 178.-, Pölsin 103.-, Reutlingen 718,50, Stuttgart 20.-, Borna 35.-, Wehlar 49,10, Peine 5.-.

Verichtigung.
In der vorigen Nummer der „Verbands-Zeitung“ muß es unter Nürnberg heißen: 18,15, ferner anstatt Neustadt a. d. S. 75,60: Neu- (Stadt) (O. b. - G. d. L.) 75,80.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Heidenheim: Kass.: Wilhelm Koller, Schnaltheimer, Str. 24.
Martensburg (Kfz.): Dorf. u. Kass.: Johann Glinski, Büttner-Str. 21.
Süßen: Kass.: Paul Kobal, Salzhausgasse 4.

Nachruf.

Im ersten Quartal 1927 starben unsere Kollegen:
Bernhart Heinzmann, Bierführer, Brauerei Keff, Heidenheim.
Weinber, Bierbrauer, Brauerei Köhler, Königshorn.
Paul Schäfer, Bierbrauer, Brauerei Keff, Heidenheim.
Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle-Heidenheim.

Unserer lieben Kollegin **Lina Mehlhorn,** geb. Bedust, nebst ihrem lieben Mann zur Vermählung nachträgt, die herzlichen Glückwünsche. Die Verbandskollegen und Kollegen der Brauerei Keff, Woldap.

Unsern Kollegen **Heinz Varetz** und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Brauerei Mann, Wülheim (Kfz.) u. Ortsverein Dulsburg.

Unsern treuen Kollegen **Franz Kugel** zu sein. 50jährig. Arbeitsjubiläum die herzlichen Glückwünsche. Die Kollegen der Linden-Adler-Brauerei, Zahlstelle Ilms.

Unsern lieben Kollegen **Gustav Vagga** zu seinem 25jährig. Arbeitsjubiläum die herzlichen Glückwünsche. Die Kollegen der Unionbrauerei Dortmund, Abt. II.

Unsern Kollegen **Heinrich Bräuer** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Die organisierten Kollegen der Sieghelmischen-Germania-Brauerei u. G., Witten-Sieg.

Unsern wertigen Kollegen **Detlev Tressler** und seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Brauerei **Spring-Melchior, Vieh.**

Den Kollegen **Wend. u. Wuchmann** und ihren lieben Frauen zu ihren Vermählungsfeiern die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der **Zahlstelle Peisse, Oberalt.**

Zur Vermählungsfeier überbringt unsern Kollegen **Josef Glomb** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der **Reichsmunitionverwaltung** Wertverwaltungsstelle, Abteilung Kanaryin O. S. und der Produzenten-Abt. der **Weslauer Spreitfabrik.**

Unsern Kollegen **Andreas Witzel** zur silbernen Hochzeit und **Alfons Witzel** zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der **Inferbrauerei Schenker a. Main.**

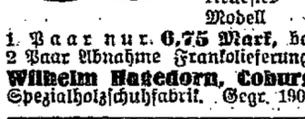
Unsern Kollegen **Josef Weber,** Brauer, Schifferhol-Brauerei, Joh. Vogel, Mühlenarbeiter, Fu-Mühle, sowie ihren lieben Frauen zur silbernen Hochzeit nachträglich die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Mainz-Wiesbaden und Umgebung.

Unsern lieben Kollegen und Verbandskollegen **Georg Käfer** und seiner wertigen Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen des **Ortsvereins Waffan.**

Achtung!

Welche Firma bietet Ihnen solche erstklassigen Kanngelagenheit?



Hugo-Brauer-Holzmittel 2 schneider Neuestes Modell

1. Paar nur 0,75 Mark, bei 2 Paar Abnahme Granollieferung. **Wilhelm Hagedorn, Coburg** Spezialholzschuhfabrik, Gebr. 1903

Achtung!

Liefere von jetzt ab den starken **2-schmalen - Brauer-schuh** für 7,50 Mk., sowie **Galoshen, Schnürstiefel und Schallstiefel** mit Holzsohlen in altbekannter und reeller Ware. Preisliste gratis. **JOHANN DORN, Kiel, Welfenstr. 12.**

Brauerschuhe

aus Kernrindeleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen Paar 7.- Mk. Perf. d. Nachnahme **Sodenreuer** billigst. **Fellreuer, München, Ledererstr. 5 II.**

JOHANN HARDERS / Holzschuhfabrik

Altona-E., Adolfstr. 28

Nur la kräftig, Rindleder mit Absatz-eisen, kräft. Ledersohle u. mit Nägeln versehen, p. Paar 27.- extra.

30 cm Schaftöhe 26-31 cm	45 cm Schaftöhe 26-31 cm
RM. 12.-	RM. 17.-

Wasser-lasche 25-31 cm RM. 7,50

Auf Wunsch auch mit Stoßklappe ob ne Mehroffen. / 3 Paar franco.

6,50 Mk. per Nachnahme braun od. schwarz

Nappaledermütze

Bedingungstloses Rücksendungsrecht statuta für Rüben, Lederbelledung und Lederhandschuhe gratis.

G. Schauenburg, Arnstadt V, Thüringen.

Stille böhmisches Bettfedern

1 Kilo graue geschüttelte G.-M. 3.-; halbweiße G.-M. 4.-; weiße G.-M. 5.-; bessere G.-M. 6.-; daunenreiche G.-M. 8.-; bis 10.-; beste Sorte G.-M. 12.- bis 14.-; weiße ungefüllte Kuschelfedern G.-M. 7.-, 9,50, 11.-. Bestand franco, zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umtaus oder Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsels, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

„Wasserteufel“

die anerkannt besten Brauerschuhe sowie Sodenreuer, Ferienschuhe und Hochhaarschuhe. Schallstiefel in allen Größenhöhen liefert stets zu billigen Preisen

Josef Urban, Cham in Bayern

Bestellen Sie kostenlos Preisliste.

GEWERKSCHAFTER, RAUCHT GEG-ZIGARETTEN,

die Qualitätserzeugnisse genossenschaftlicher Produktion.

Man kauft sie nur im **KONSUM VEREIN**